

Machen Journalisten die Politiker lächerlich?

Überraschende Ergebnisse einer Umfrage unter den Abgeordneten der drei Bundestagsparteien / Von Kurt Reumann

Die Bundestagsabgeordneten der Union und die der FDP haben öfter das Gefühl als die von der SPD, daß Journalisten ihnen bei Interviews ins Wort fallen, daß sie Fangfragen stellen oder gar versuchen, den interviewten Abgeordneten lächerlich zu machen. Dieses Ergebnis einer schriftlichen Umfrage hat in München bereits den ersten Staub aufgewirbelt.

Bundestagsabgeordnete besitzen in der Regel nicht nur lose Kontakte zu Journalisten, stellten die Mainzer Publizistikwissenschaftler Kepplinger und Fritsch fest, als sie im Sommer 1979 alle 518 Bundestagsabgeordneten befragten. Von den 286 Abgeordneten (das sind 55 Prozent), die ihnen antworteten, gaben 85 Prozent an, Journalisten gehörten zu ihrem „engeren Bekanntenkreis“. Meistens sind es Zeitungsredakteure, mit denen die Abgeordneten Kontakt pflegen (77 Prozent der Antwortenden). Nur acht Prozent der Abgeordneten zählen zu den Journalisten unter ihren Bekannten vor allem Mitarbeiter des Hörfunks und gar nur vier Prozent überwiegend Mitarbeiter des Fernsehens. Elf Prozent rechnen gleich viele Journalisten aus allen Medien zu ihren Bekannten.

Die Kontakte sind häufiger, als erwartet. Sechs Prozent der Bundestagsabgeordneten treffen sich mehrmals in der Woche mit Journalisten zu Hintergrundgesprächen, ein Fünftel (19 Prozent) einmal in der Woche, ein Drittel (34 Prozent) einmal im Monat, 39 Prozent seltener, ein Prozent nie. Der Rest von einem Prozent gab keine konkrete Antwort. Politiker aller Bundestagsfraktionen pflegen diese Kontakte. Allerdings geben nur 30 Prozent der Unionsabgeordneten an, sie führten seltener als einmal im Monat Hintergrundgespräche mit Journalisten, aber 48 Prozent der SPD-Abgeordneten.

Ist der durchschnittliche SPD-Abgeordnete gegenüber Journalisten etwa zurückhaltender? 19 Prozent der Sozialdemokraten sagten, daß die Initiative

zu diesen Hintergrundgesprächen meistens von den Journalisten ausgehe. Von den Unionsabgeordneten äußerten nur neun Prozent, es seien die Journalisten, die meistens die Initiative ergriffen. Auch auf die Frage, ob sie sich, wenn sie nach einem anstrengenden Arbeitstag in ein Lokal kämen, um in Ruhe etwas zu essen, zu dort diskutierenden Journalisten an einen Tisch setzen würden, antworteten FDP-Abgeordnete (67 Prozent) und Volksvertreter der Union (58 Prozent) öfter mit Ja als sozialdemokratische Abgeordnete (48 Prozent).

Die meisten Hintergrundgespräche finden im Wahlkreis der Abgeordneten statt: drei Viertel der Abgeordneten (76 Prozent) unterhalten sich dort mit Journalisten. Aber die Hälfte trifft sich auch in ihrem Bonner Büro und ein Viertel in Bonner Lokalen mit Journalisten. Die Prozentzahlen addieren sich auf mehr als hundert, weil viele Abgeordnete hier wie dort mit Journalisten sprechen.

Gegner schärfer beurteilt

Zwei Drittel (67 Prozent) der Politiker berichteten, sie führten Hintergrundgespräche mit etwa gleich viel Journalisten aller Parteieinigungen. Ein Viertel (26 Prozent) spricht vor allem mit Journalisten, die ihm politisch befreundet sind. Sieben Prozent unterhalten sich meistens mit politischen Gegnern unter den Journalisten.

Für die Interpretation des Umfrage-materials ist wichtig, daß der Anteil der SPD- und der der Unionsabgeordneten, die angeben, sie führten Hintergrundgespräche vor allem mit Journalisten, die anderen Parteien als der ihren naheständen, gleich ist: je sechs Prozent.

Die Atmosphäre bei solchen Gesprächen unterscheidet sich nämlich je nachdem, ob die Abgeordneten und die Journalisten politische Freunde oder politische Gegner sind. Von Journalisten, die ihnen nahestehen, meinten 15 Prozent der Bundestagsabgeordneten, sie hätten eine vorgefaßte Meinung; von Journalisten, die eher einen gegensätzlichen Standpunkt vertreten, behaupteten das 59 Prozent. 30 Prozent gaben an, daß Journalisten mit entgegengesetzter Meinung ihnen Fangfragen stellen; aber nur zwei Prozent sagte das von politisch nahestehenden Journalisten. 21 Prozent glauben, politische Gegenspieler unter den Journalisten versuchten, sie lächerlich zu machen; von einem befreundeten Journalisten nimmt das niemand an.

Daß die Beurteilungsmaßstäbe der Abgeordneten nicht immer objektiv, sondern wenigstens teilweise subjektiv getrübt sind, ist daraus zu schließen, daß die Hälfte (49 Prozent) die ihnen nahestehenden Journalisten für sachkundig hält, aber nur ein Viertel (27 Prozent) die Journalisten mit entgegengesetzter Meinung als sachkundig einschätzt. Nicht selten kommt es vor, daß ein und derselbe Journalist von Politikern, die ihm politisch nahestehen, für sachkundig und von denen, die politisch anderer Meinung sind, für unkundig oder gar unfähig befunden wird.

Dennoch herrscht wenigstens in Bonn Sachlichkeit vor. Als „freundschaftlich“ bezeichnete etwa ein Fünftel (19 Prozent) der Abgeordneten ihr persönliches Verhältnis zu den Bonner Journalisten. Zwei Drittel (66 Prozent) beschrieben es als sachlich, 15 Prozent charakterisierten es als distanziert oder gaben keine konkrete Antwort.

Die Eignung und die publizistischen Tugenden der Journalisten werden von

den Abgeordneten der drei Bundestagsparteien allerdings unterschiedlich dargestellt. Abgeordnete der Union sagen dreimal sooft wie SPD-Abgeordnete von ihnen fernstehenden Journalisten, sie fielen ihnen ins Wort. Die Grenze zwischen „ins Wort fallen“ und „Zwischenfragen stellen“ fließt. Von befreundeten Journalisten wird man eher sagen, sie stellten Zwischenfragen. Viele Unionsabgeordnete haben das Gefühl, daß die Mehrzahl der Journalisten ihnen besonders kritisch gegenüberstehe.

Mehr Fangfragen

Fangfragen, so beurteilen es die Abgeordneten, stellen ebenfalls fast nur die andersdenkenden Journalisten. 40 Prozent der SPD-Abgeordneten, 49 Prozent der Unionsabgeordneten und gar 58 Prozent der FDP-Abgeordneten sagten von andersdenkenden Journalisten, sie stellten Fangfragen. Gibt es etwa besonders viele Journalisten, die die FDP-Abgeordneten hereinlegen möchten? Das würden die Journalisten selbst verneinen. Oder sind die FDP-Abgeordneten nur intelligenter als ihre Kollegen von den anderen Parteien und entdecken daher eher, daß ihnen Fangfragen gestellt werden? Das werden die Unions- und die SPD-Abgeordneten unisono bestreiten.

Die subjektiven Meinungen der Abgeordneten liefern noch nicht den Beweis dafür, daß einige Parteien es mit den Journalisten schwerer haben als andere. Aber auch wenn Unionspolitiker nur dieses Gefühl hätten, ohne daß es sich belegen ließe, wäre die atmosphärische Trübung ein politisches Faktum. Rechnet man hinzu, daß es unter Journalisten, besonders unter denen

des Hörfunks und des Fernsehens, in der Tat mehr Anhänger der SPD und der FDP gibt, als es dem Anteil der SPD- und der FDP-Anhänger in der Wählerschaft entspricht, versteht man die Empfindlichkeit manch eines Unionspolitikers gegenüber Journalisten eher.

Die Frage ist, ob Abgeordnete, die sich unfair behandelt fühlen, allmählich der Mut sinkt, mit Journalisten zu sprechen, und ob sie dann lieber schweigen. Der größere Eifer von Unionsabgeordneten, mit Journalisten Kontakt aufzunehmen, spricht vorerst dagegen. Vielleicht ist es der Eifer des Oppositionspolitikers, der immer mehr um Aufmerksamkeit buhlen muß als der Tatsachen schaffende Politiker in der Regierungsverantwortung.

Ein Indiz für ein unkompliziertes Verhältnis kann auch sein, ob Fragen vorher abgesprochen werden. Sicher gibt es gute Gründe dafür, daß die Themen des Gesprächs vorher genannt werden: beide Seiten können sich dann besser vorbereiten. Aber wie steht es mit ins einzelne gehenden Fragen? Die Regel ist, daß Politiker vor einer Fernsehaufnahme eher die ihnen zu stellenden Fragen mit dem Journalisten absprechen, denken sie doch nicht ganz zu Unrecht, daß bei der Aufnahme technisch alles perfekt klappen müsse.

22 Prozent der Abgeordneten sagten denn auch, daß Fernsehleute mit ihnen vor einem Interview die Fragen absprachen, aber nur halb soviel Abgeordnete (elf Prozent) wußten von derartigen Absprachen mit Zeitungsleuten zu berichten. Allerdings gaben Unionspolitiker doppelt so häufig (27 Prozent) wie SPD-Abgeordnete (14 Prozent) an, daß Journalisten mit widersprechender Meinung die Fragen vorher nicht mit ihnen besprächen.

Das mag dazu beitragen, daß Unionsabgeordnete öfter (27 Prozent) als SPD-Abgeordnete (14 Prozent) das Gefühl haben, Journalisten aus dem generischen Lager wollten sie lächerlich machen. Auch ein Viertel der FDP-Abgeordneten, berichtet Kepplinger, habe gesagt, daß andersdenkende Journalisten sie lächerlich machen wollten. Dies ist das Ergebnis der Umfrage, das die Journalisten am stärksten beunruhigen sollte.

Politiker aller Parteien fühlen sich von den Zeitungen öfter beleidigt als von den Funkmedien. 28 Prozent der Abgeordneten meinten, die Presse schieße gelegentlich über das zu verantwortende Maß hinaus, aber nur je fünf Prozent sagten das vom Hörfunk und vom Fernsehen. Das hängt damit zusammen, daß die Funkmedien als öffentlich-rechtliche Anstalten zur Ausgewogenheit (aber nicht zur Meinungslosigkeit) verpflichtet sind, während die privat organisierte Presse engagiert Partei nehmen darf.

Das heißt aber nicht, daß alle Abgeordneten meinten, die Funkmedien informierten objektiver als die Presse. Die Regel ist vielmehr, daß alle Politiker, gleich von welcher Partei, empfinden, daß die Massenmedien über sie eher negativ als positiv berichten: Negative Kritik schmerzt und bleibt daher eher im Gedächtnis haften. Über die Berichterstattung der Presse und des Zweiten Deutschen Fernsehens urteilen die Abgeordneten aller Parteien denn auch, sie schnitten darin eher etwas negativ ab. SPD-Abgeordnete fühlen sich von den Zeitungen nur um ein Weniges negativer beurteilt als Unionspolitiker. Um so stärker fällt auf, daß die FDP- und die SPD-Abgeordneten die Berichterstattung im Hörfunk und im ersten Fernsehprogramm (ARD) positiv beurteilen, die Abgeordneten der CDU und der CSU dagegen negativ. Im Streit um den Norddeutschen Rundfunk geht es nicht zuletzt darum, ob diese subjektive Einschätzung auf Tatsachengründe.